

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Hildebrandt 2803 und 2806.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verleger: Kurt Hildebrandt 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, in Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erhaltung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühren erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspolierte Millimeterzeile ober deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgen- ausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis norm. 11 Uhr bei der Expedition ausgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Wittwoch, den 27. November 1918

Nummer 23

Die Schuldigen vor den Staatsgerichtshof!

Der bayerische Nationalrat für einen Staatsgerichtshof.

München, 26. November. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat des provisorischen bayerischen Nationalrats fordert schleunigste Einsetzung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich zur Untersuchung und Aburteilung derjenigen Personen, die durch ihr verbrecherisches Treiben den Weltkrieg herbeigeführt sowie die Vermeidung des Krieges durch einen Verständigungsfrieden vereitelt und somit den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet haben. Ferner verlangt er strengste Bestrafung aller jener, die auf betrügerische Weise sich während des Krieges bereichert haben.

Verteidigungsmanöver.

Die Veröffentlichung der bayerischen Berichte über die Bewerte und planmäßige Verbeiführung des Weltkrieges durch Wilhelm und seine Regierung hat zunächst so niederdrückend gewirkt, daß die Schuldigen verurteilt sind. Jetzt verliert sie es mit der Verteidigung. Herr v. Bethmann Hollweg erweist selbst das Wort. Es ist dieselbe stolze Viedermannsart, mit der er zu Beginn des Krieges keine Unschuld bestritt und den reinen Verteidigungscharakter des Krieges hervorhob, in der er jetzt seine Verteidigungsfähigkeit vertritt. Bethmann vermeidet fortwährend, irgendein Dokument, irgendeine Tatsache anzuführen, die den öffentlichen Beweis, den die bayerischen Berichte liefern, erschüttern könnte. Er will sich nur selbst an der Schlinge ziehen. Deshalb stammelt er von den Sünden des deutschen Nationalcharakters, von den bösen Absichten der Feinde und von der Notwendigkeit, Österreich zu helfen, eine Notwendigkeit, die erst von den Berliner Ministern den Wiener Selbstbeherrschern beibracht werden mußte!

Aber auf diesen Wimen, der so gut Treubersierkeit und guten Glauben darstellen will, wird wirklich niemand mehr hineinfallen. Heute wirkt das alles nur widerlich. Von dem ganzen Gerede braucht man sich nur eines zu merken: Bethmann behauptet, er lehne den Laa herbei, wo er dazu beitragen könne, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Dieser Wunsch soll ihm und den anderen erfüllt werden. Und das so bald als möglich.

Wilhelm Hohenzollern.

Mit immer größerem Nachdruck fordert die öffentliche Meinung der Entente die Auslieferung dieses Wilhelm. Es scheint, daß auch die Regierungen dieses Beralangen erheben werden. Einer Neutermeldung zufolge hat das englische Kabinet den Rechtsberatern der Krone Auftrag gegeben, über die Frage der jetzigen Stellung des früheren Kaisers und über die Rechtslage des Falles Bericht zu erstatten.

Das Gutachten wird wohl die Argumente für die Auslieferung enthalten, und die Tage Wilhelms in Holland dürften gezählt sein.

Die Vereitelung des Friedens.

Aus diplomatischen Kreisen im Haag wird der „Neuen Fr. Presse“ mitgeteilt: Nach vor Beginn der deutschen Offensive im Frühjahr 1918 hatten vertrauliche Verhandlungen zwischen englischen und französischen Stellen und österreich-ungarischen inoffiziellen Vertretern das Resultat gezeitigt, daß die Alliierten bereit waren, in eine Friedensverdringung einzutreten, und zwar unter Bedingungen, die für die damaligen Verhältnisse immerhin sehr günstig waren. Deutschland hätte Belgien räumen und zwei Drittel einer festzusetzenden Entschädigung zahlen müssen, während die Alliierten bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Elsass-Lothringen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft entschieden, wobei der Prozentfuß der seit 1870 auszuwandernden Bevölkerung zugunsten Frankreichs mit einzurechnen

wurde. Die weiteren Bedingungen waren Abtretung der Gebiete Südtirols an Italien, Internationalisierung von Triest, Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort geräumt werden und eine Entschädigung seitens der Mittelmächte erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung berechtigt waren. Die deutschen Kolonien sollten zurückgegeben werden. In diesem Augenblick sollte die Note des Grafen Burian erscheinen, durch die er die Kriegführenden zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Die Note hätte zur Einführung einer Konferenz geführt, auf der über den Frieden unter den genannten Bedingungen hätte beschlossen werden sollen. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Ludendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten antwortete: „Lacht und siegen!“ 24 Stunden später begann die deutsche Offensive. Als Graf Burian Mitte September seine Note herausbrachte, war es bereits zu spät.

Ludendorff und Hindenburg alle Friedensbemühungen vereitelt haben, steht fest. Im übrigen haben jetzt solche Einzelaussagen wenig Wert. Wir hoffen, daß die Veröffentlichung der Akten und Dokumente bald volle Klarheit über diese Frage schaffen wird.

Der Siegeszug des Achttunden'tages.

Frag, 27. November. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Kommission des Reichsverbandes der Eisen-, Hütten- und Maschinenarbeiter, welche aus Vertretern der Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer zusammengesetzt ist, beschlossen, daß die Arbeitszeit in ihren Betrieben in der Woche 48 Stunden betragen soll, und zwar soll dieser Beschluß auf den ausdrücklichen Wunsch der Arbeiterschaft bereits am 2. Dezember, vor der Gesetzgebung, in Kraft treten.

Eine Kölner Kundgebung für freiheitliche Reformen.

(Sondertelegramm der „Freiheit“.)

Eine große, von der U. S. P. D. in Köln einberufene, auch von Bürgerlichen zahlreich besuchte Volksversammlung verlangte von der Regierung die umgehende Einführung freiheitlicher Reformen, einschließlich sofortiger notwendiger Personalveränderungen in den städtischen und staatlichen Einrichtungen, um die Grundlage eines dauernden Vertrauens zu schaffen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Zusatzantrag, der die allseitige Einberufung der Nationalversammlung forderte, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Das Wahlrecht zur Nationalversammlung.

Ein Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung ist im Berliner Kabinet beraten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest. In Aussicht genommen sind einstmals 40 Wahlkreise, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfielen. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 50 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Eine Kundgebung französischer Gewerkschafter.

Beim Sonntag hielt der französische Gewerkschaftsbund eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung ab. Im Präsidium saß die Lehrerin Delene Brion, die wegen ihrer Agitation gegen den Krieg längere Zeit eingekerkert war. Josphour und andere Redner wandten sich gegen die Regierung, die nichts für die Lösung der Friedensprobleme vorbereitet habe. Die Versammlung sahle sodann folgende Entschliehung: Die Versammlung spricht nochmals ihre Zustimmung zu den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson aus. Ferner verlangt sie die Bildung der Gesellschaft der Nationen unter freier Mitwirkung aller Völker, den Verzicht auf den Wirtschaftskrieg, Freiheit der Meere, Schaffung einer internationalen Verörde für das Transportwesen und für die Verteilung der Rohstoffe, Internationalisierung der Kolonien, keine Repressalien in der Abficht, Rache zu üben, keine Gebietsaneignungen, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ferner soll die Gesellschaft der Nationen damit beginnen, für die allgemeine Abrüstung einzutreten.

Die Bargeld-Hamsterei.

Von Atlanticus.

Der Leiter des Reichsschatzamtcs sowohl als der Reichsbank haben sich über die Bargeld-Hamsterei im Publikum bitter beklagt. Ihr allerlei üble Folgen nachsagend, auf Eindringlichkeit gemahnt, das bare Geld ja doch in die Banken und Sparkassen zu tragen bezw. Kriegsanleihen zu kaufen. Es hat sogar an verstellten Drohungen nicht gekehrt: man hat darauf aufmerksam gemacht, daß man ganze Notenserien für ungültig erklären würde, die nicht bis zu einem bestimmten Termin an die Banken abgeliefert sein würden. Die Banken seien der wahre Ort für die Aufbewahrung der Banknoten und Darlehnskassenscheine, die z. Bt. zusammen bereits in der Höhe von 25 Milliarden Mark herausgegeben sind, also zum zehnfachen Betrage der Vorkriegszeit. Das Publikum solle sich ja an den bargeldlosen Verkehr durch Einrichtung von Giro-Kontos gewöhnen: dies biete gleichzeitig den Vorteil, daß man für sein, auf den Banken eingezahltes Guthaben Zinsen bekomme, während das zu Hause aufgestapelte oder in den Strumpf gestopfte Bargeld keine Zinsen bringe.

Eine Beweisführung wundervoll ausgedacht im Interesse der privaten Geldinstitute. Wie würde doch der Einfluß der Großbanken ins Ungemessene wachsen, wenn sie über die gesamten, von den Notenbanken herausgegebenen Geldzeichen verfügten und sie in ihrem Interesse weiter ausleihen, dabei die ganze Volkswirtschaft in völlige Abhängigkeit bringen könnten!

Diese Beweisführung ist nicht nur eine Interessenpolitik schlimmster Sorte, sie ist zugleich ausgeprochen antisozialistisch, gegen das Interesse des Staates gerichtet!

Im Interesse des Staates (und der Bevölkerung) liegt es, daß er für die ausgenommenen Schuldverpflichtungen möglichst wenig Zinsen bezahlt. Für die ausgegebenen papierernen Geldzeichen bezahlt er nun überhaup keine Zinsen. An sich wäre eine Finanzpolitik bei der die Schuldverschreibungen aus zinslosem Papier beständen, für den Staat am vorteilhaftesten.

Aus praktischen Gründen, das wissen alle Finanzpolitiker, geht dies natürlich nicht an, weil in diesem Falle leicht die Gefahr der „Inflation“, des Ueberangebotes von Geldzeichen eintreten würde und damit allerlei üble Folgen: Entwertung des Geldes, ungeheures Ansteigen der Warenpreise. Sowie dieser Fall droht, ist natürlich das einzige Mittel: Herausziehen eines Teiles der Geldzeichen aus dem Verkehr. Dies geschieht am besten durch die Aufnahme von verzinslichen Anleihen. Also Anleihen sind im Interesse einer gesunden Finanzpolitik notwendig. Es fragt sich nur, bis zu welchem Anteil an der Gesamtschuld die verzinslichen Anleihen zu geben haben, wieviel von den gesamten Schuldverpflichtungen des Staates als „fundiert“, langfristige, zinstragende Schuld, wieviel als „unfundiert“, kurzfristige, hauptsächlich zinslose Schuld, als Geldzeichen, Kassenscheine u. dgl. herumlaufen darf. Beides ist Sache der praktischen Erfahrung!

Unser Reichsschatzamt hat sich von Kriegsbeginn an ganz besonders darauf zugute gehalten, daß es von vornherein nur langfristige Schuldverschreibungen herausgab. Die Börsenpresse pries dieses Gebahren geradezu als höhere Weisheit gegenüber dem Vorgehen der Finanzminister der Ententestaaten, die fast nur kurzfristige Staatskassenscheine herausgaben in der Hoffnung, sie nach dem Kriege zu einem niedrigen Zinsfuß „konvertieren“ zu können, alsdann niedrig verzinsliche Anleihen begeben zu können.

Die Finanzpolitik der Entente hat sich als die klügere erwiesen. Wir haben jetzt lange an unseren, auf fast 100 Milliarden angeckwollenen Kriegsanleihen zu tragen bezw. müssen lange warten, bevor wir sie „konvertieren“ können — die Franzosen und Engländer können dies gleich tun bezw. z. T. doch wenigstens in 1—2 Jahren. Die Franzosen haben auch trotz einer fast um die Hälfte geringeren Bevölkerung und einer kaum $\frac{1}{2}$, so hohen Kriegsschuld durchaus nicht die Todesangst vor der Notenzinflation: ihr Notenumlauf ist nicht geringer als der des Deutschen Reiches, beträgt über 30% Milliarden Franken! Im Verhältnis zu

Frankreich könnten wir also unseren Notenumlauf noch um 20 Milliarden Mark steigern!

Man komme uns ja nicht mit dem Einwand, daß dann die Warenpreise, die schon heute (im Schleichhandel nota bene) eine ungeheuerliche Höhe erreicht haben, auf das 10-15fache des Friedenspreises gestiegen sind, noch weiter in die Höhe gehen würden. Die heutigen hohen Warenpreise sind nicht Folge der Noteninflation, sondern des furchtbaren, durch die Abschaffung der Einfuhr entstandenen Mangels an Waren, sie würden bei reiner Goldinflation kaum geringer sein. Den besten Beweis dazu liefert Frankreich: alle Warenpreise sind zwar gestiegen gegen den Friedenspreis, aber doch noch um einen menschlichen Betrag zu haben, um etwa das Doppelte des Friedenspreises. Bei uns ist alles unerschwinglich teuer, Frankreich liegt eben der Weltverkehr offen; auf dem Weltmarkt herrscht zwar, mit der Friedenszeit verallgemeinert, ebenfalls Mangel an Ware, aber doch keine so furchtbare Not wie bei uns.

Wenn die verantwortlichen Leiter unserer Finanzen sich die Sache klar überlegen, müßten sie es als ein großes Glück betrachten, daß das Publikum so viel papierenes Geld in den Strumpf stopft; es erlaubt dadurch dem Staate 1 1/2 Milliarden (5 Prozent von 20 000 Millionen) Zinsen! Die größte Sorge sollte sein, solviel Geld zu haben, als das Publikum irgend aufnehmen mag, nicht den Versuch zu machen, daß niemand mehr als 100 Mark bares Geld von einer Bank abheben darf. Tritt noch rechtzeitig eine „Inflation“ an Geldscheinen ein, so wird sie sich sofort äußern in einem Angebot an die Banken und Sparkassen. Dann, aber auch erst dann, ist die Zeit, große feingewirte Anleihen zu beschaffen. Gibt die Reichsbank in diesem Jahr weitere 20-30 Milliarden an Noten heraus, so wird man in nächster Zeit die „Friedens-“ bzw. „Friedensanleihen“ nicht mehr zu einem Zinssatz von 5 Prozent, sondern zu 3 bis höchstens 3 1/2 Prozent auflegen können.

Die heutige Finanzpolitik als Erbkrankheit einer unfähigen Bürokratie ist eine ausgesprochene Stümpferpolitik, bzw. Interessentenpolitik, betrieben im Interesse der privaten Großbanken. Der deutsche Volkstaat sollte mit dieser Stümpfer- und Interessentenpolitik schleunigst aufhören!

Es wäre überhaupt an der Zeit, die Macht der privaten Großbanken, die geradezu zu einer ungeheuerlichen Höhe gestiegen ist, durch die Verstaatlichung zu brechen und sie im Interesse des allgemeinen Volkes, unter Übernahme der gesamten Baumaterialien, arbeiten zu lassen. Zu wenige wissen es, welche ungeheure Macht die Privatbanken sich dadurch aneignet haben, daß sie sich das Recht genommen haben, mit den bei ihnen deponierten Aktien in den Versammlungen der Aktionäre abstimmen zu dürfen, zugunsten der Aktionäre natürlich, wie ihre Angestellten den besorgten Depositionen weis machen zugunsten ihrer Direktoren und Aufsichtsräte tatsächlich. Die Großbanken beherrschen heute weitaus die meisten industriellen Aktiengesellschaften, sie sind es, die immerfort neue, bei weitem nicht immer solche Gründungen heranzubringen und dem Publikum — anbieten, mitunter aufzupuhlen, wie groß deutsch gesagt. Eine Verstaatlichungsaktion würde nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch der privaten soliden Sparer sein. Man komme uns ja wiederum nicht mit dem Einwand, daß der Staat zu so feinen Geschäften, wie sie die Banken betreiben, ganzlich unfähig ist. Knechtling, zu Schindungen, „blutigen“ Gründungen von Tochter- und Schwachgeschäften, zu Terrain Spekulationen wird der Volksstaat nicht fähig sein. In soliden Geschäften, die auf einer vorläufigen Ermittlung der Kreditwürdigkeit der Darlehensnehmer beruhen müßten, würde er auch bei Fortdauer der individualistischen Volkswirtschaft sehr gut in der Lage sein. Aus der Finanzgeschichte können wir lernen, daß es tatsächlich bereits einen großen, als solchen individualistischen Staat gab, in dem das ganze Bankwesen und Darlehenswesen in den Händen des Staates war. Es war das Rußland in der Zeit bis 1854. Es bestanden damals nur staatliche Spar- und Darlehensstellen, die jederzeit kündbare Depositen zu 4 Prozent entgegennahmen, ihrerseits aber langfristige Darlehen auf Silber und städtische Grundstücke zu 5 Prozent begaben. Das Publikum vertraute sein Geld gerne

diesen staatlichen Sparstellen an, gerade wegen der Leichtigkeit, mit der das Geld jederzeit wieder zu haben war. Und das Verleihungsgeschäft war ein durchaus solides, die berühmte russische Korruption hat sich durchaus nicht auf das Bankgeschäft erstreckt, da man eine ganze Reihe Kontrollmaßnahmen getroffen. Rußland bietet in der Zeit von 1857-1892 das eigenartige Schauspiel, daß seine Finanzminister sich die größte Mühe gaben, die Staatsfinanzen zu gerütten, indem sie aus doktrinären Gründen, mit der Motivierung, daß der Staat keine Geschäfte, die nur den Privaten nützen, betreiben durfte, sich den billigen vierprozentigen Kredit in der Höhe von 1000 Millionen Rubel Silber (= 3240 Millionen Mark, eine ungeheure Summe für die damalige Zeit) vom Hofe kaufte, um teuren Kredit, zu 8-9 Prozent an die Stelle zu setzen durch Vergebung von hochprozentigen, aber langfristigen Anleihen. Es kam eine Zeit der Millionärzucht (Gründer, Bankspekulant) und der Ausbeutung des Staates und Publikums.

Man müßte das russische staatliche Spar- und Darlehenssystem von vor 1858 geradezu erfinden, wenn es nicht bereits in der Wirklichkeit bestanden hätte. Hätten wir ein solches System, so brauchten sich die Finanzminister nicht mit so großem Lärm um die Kriechanleihe zu bemühen, die Darlehensgeber würden ihnen, wie dem russischen Staat zur Zeit des Krimkrieges von selbst kommen: der Staat gibt für seine Zwecke einfach die Noten heraus und die Empfänger tragen den Teil, der für den Umlauf nicht erforderlich ist, in die staatlichen Sparstellen, von wo sie es bei Bedarf jederzeit ohne Kursverlust herausnehmen könnten. Ihr „tägliches Geld“ nicht wie bei den heutigen deutschen Großbanken zu nur 1 1/2, sondern zu 3 bis 4 Prozent stehen lassen könnten. Die Einnahmen von Darlehen, Lombardierung und auch im Staatsbetrieb keineswegs Idaweria sofern die vorhandenen Angestellten der Privatbanken übernommen würden. Höchstens würde der ungelunden Spekulation, schwindelhaften Verleihungen, durch die schon manche hoch angesehenen Großbanken (man denke an die Leipziger Bank) zusammengebrochen sind, einiegel vorgebeugt sein. Und wenn dann in so bescheidenen Reiten, wie es die heutigen sind, die Geldbesitzer den staatlichen Banken nicht trauten, sondern ihre Geldscheine lieber in den Strumpf stopften — so könnte ein vernünftiger Finanzminister sich darüber nur freuen, er sparte den Steuerzahlern ein hübsches Stück Steuern für die Verzinsung. Also man sollte wirklich keine Angst vor der „Inflation“ haben — solange die Staatswirtschaft eine solide ist, man jederzeit die papierenen Geldumlaufmittel in ein festverzinsliches Papier umtauschen kann, gibt es keinen Zusammenbruch des Staatskredits! Selbstverständlich und selbstredend ist, daß man dauernde Mehrausgaben nur durch dauernde Einnahmen (Steuern, Monopole usw.), nicht durch andauernde Vergabung von Geldscheinen decken darf. — Diese Mehrausgaben von Papiergeld kann nur für außerordentliche Zwecke, für die Friedensübergangswirtschaft in Betracht kommen, auch für die Deckung der noch nicht bezahlten, aus dem Kriege stammenden, staatlichen Kahlungsverbindlichkeiten.

Eine zum Staatsbankrott führende Inflation wird gegenwärtig nur in Rußland betrieben.

Noch an Gräber pflanzen sie die — Lüge an!

Von einem Kameraden der 4. Armee wird uns geschrieben:

In letzter Zeit häufen sich die Angriffe und Beschuldigungen, die reaktionäre Offiziere gegen die Soldatenräte erheben. Den Generolen, die dies schwere Joch und länger ihre blutige Weisel über dem gebeugten Rücken des deutschen Volkes hinwegwischen, ist diese demokratische Einrichtung ein Dorn im Auge. Zug und Trug und Gewalt waren ihre Mittel, Unterdrückung der Menschheit ihr großmüßiges Ziel. Die Lüge ist heute noch ihre Stütze.

Wie die Soldatenräte im Bereich der 4. Armee gewirkt

haben, wissen wir aus eigener Anschauung. Den Verdrachungen des reicheren Herrn wollen wir Laibchen gegenüberstellen.

Eine fürchterliche Dekonzentration, die das Ansehen aller bisherigen Handlungen der Arbeiter- und Soldatenräte sein soll, war im Front- und Etappenbereich der 4. Armee bereits lange vor der Bildung der Soldatenräte zu beobachten. Nach den großen Niederlagen der Armee in Flandern in den ersten Oktobertagen, die um ein Haar zum völligen Zusammenbruch der Fronten geführt hätten, entzweiten sich die Soldaten in höchster Not als jeder eigenmächtig von ihren Truppen, um sich hinter der Front in Sicherheit zu bringen. Als „Sprengende“, die ihre Truppe suchten, hielten sie sich in den großen Etappenplätzen auf oder suchten auf den Eisenbahnen Kreuz und Quer durch Belgien. Um sich mit Nahrung zu versehen, ertraben und münderten sie Lebensmittelvorräte. Durch den eiligen Rückzug und die dadurch hervorgerufenen Abtransporte des Kriegsmaterials aus den Etappen, die fast schon einer Plünderung glichen, waren die Bahnen stark belastet und der Verkehr völlig in Unordnung gekommen. Mangelndes Material und Beamte waren der Aufgabe nicht gewachsen. Die Beamten arbeiteten ebenso unwillig, wie die Soldaten sich nur noch mit Widerwillen schlugen. Und je härter der Druck des Gegners auf die zurückweichende Front wurde, desto größer wurde die Verwirrung auf den Bahnen und in den Etappen, desto größer die Zahl der „Sprengenden“.

Die Soldaten hatten die Sinnlosigkeit eines weiteren Widerstandes gegen den übermächtigen Gegner längst eingesehen. Nach über Sinn und Ziel des Krieges und über den Charakter der politischen Mächte, die den Krieg gemacht und geführt hatten, waren ihnen die Augen aufgegangen. Sie hatten keine Lust mehr, ihr Leben nutzlos und für ein Vaterland flüchtiger Gewalttätiger und gieriger Wucherer zu opfern. Die Wehrkraft der Truppen hatte jeden moralischen Halt verloren. Auch die Trüben der „Kriegsregierung“ des Prinzen Reg waren nicht geeignet, die Truppen neuen Mut und neue Zuversicht zu verleihen. Von patriotischer Moral sie verdrängte, nur gelassen zu sein, um die Armeen unter dem Banner einer nationalen Verteilung von neuem in den Kampf zu treiben. Und wir können den würdigen Bürger, die sich um den Ansehensverlust gekümmert hatten, heute sagen, daß sie mit einem solchen Versuch einen elenden Scheinfall erzielten hätten. Die Soldaten hätten es abgelehnt, den blutigen Kriegerkapitalismus mit seinen Anwandern und Generalen durch neue unerhörte Unzulagen vor dem Untergang zu bewahren.

Ebenso unfähig, den Truppen neuen moralischen Halt zu geben, waren die Offiziere. Es gab in der Armee kaum einen Offizier, der von seinen Mannschaften als Führer im höchsten Sinne des Wortes anerkannt worden wäre. Die Offiziere von heute waren, die als Führer hätten gelten können, hindernis für das System der Entfaltung ihres Talentes, indem sie ihnen jede menschliche Annäherung an den Untergebenen unmöglich machte. Der deutsche Soldat beugte sich von jeher nur der absoluten Befehlsgewalt und dem stählernen Zwang echt preussischer Hofmännchen. Als diese Gewalten ihre Kraft verloren, begann die Auflösung und breitete sich unauflöslich aus. Der Hofmännchen, mit dem die Mannschaften der Fronttruppen in den sogenannten Ruhestellungen ständig gelagert wurden und bei unvorhergesehenen Rastern, die diesen Dienst beehrlichten, haben sich heftig zu der Mißbilligung der Truppen beizutragen, die in lauten Beschwerden gegen die Disziplin äußerte. Es arbeitete das System selbst mit blindem Eifer auf seinem Untergang. In allem hatten sie zitternd, die Offiziere selbst die persönliche Achtung als Mensch bei ihren Truppen verlor durch ein anmaßendes Benehmen. Die Sonderstellung des Offiziers, seine bessere Küche, sein kleiner Luxus, seine Trinkgelage wirkten aufreizend, und die schärfste Scheidung trat in der Armee noch tiefer zu Tage, als in der bürgerlichen Gesellschaft, da das militärische System den bestehenden Offizier zum Hauptstiel, den proletarischen Soldaten zum realen Hebel machte. Und in der Front gab es nur noch proletarische Soldaten, denn allen Angehörigen der höheren Gesellschaftsklassen war es längst gelungen, sich aus dem Lager der Front- oder Etappenposten in Sicherheit zu bringen.

Alles das wirkte zusammen, um bei den Truppen jenen Haß gegen das herrschende Regime und jene Gleichgültigkeit gegenüber militärischen Erfolgen oder Misserfolgen zu erzeugen, die

Erlebe aus dem Felde.

I.

Erlebe von Feldpostmitteilern sind in diesem Kriege massenhaft gedruckt worden. Aber das Bild, das uns die meisten dieser Sammlungen geben, vermag wenig zu befriedigen. Viel aufdringliche Schichtenmalerei, mit Vieles vorgetragene Kriegsbegeisterung, eine gute Dosis teuflicher Heberbescheidenheit — wenig Tiefe, wirkliches inneres Erlebnis der Kampfteilnehmer, wenig Wahrhaftigkeit in der Schilderung der tatsächlichen Stimmungen bei denen da draußen.

In einem Teil hat das wohl auch seinen Grund in dem Umstände, daß überhaupt nur Briefe von einer ganz bestimmten Tendenz veröffentlicht werden konnten. Die Briefe werden die nächsten Jahre noch manche Sammlung bringen die das Bild der bisher bekannten sehr weitlich ergänzen und so besseren Stoff bieten für eine Darstellung des Kriegeslebens an der Front.

Hier und da wurden solche Sammlungen schon während des Krieges veröffentlicht — aber nur für einen kleinen Kreis von Angehörigen und Freunden der Schreibenden. Eine derartige Zusammenfassung von Briefen liegt vor uns. Der jene Briefe schrieb, ist nicht mehr. Er fiel in den Kämpfen an der Somme 1918. Die Briefe zeigen, was die Menschheit an ihm verlor: einen selten aufrechten und aufrichtigen, nachdenklichen und hochintelligenten Menschen voll künstlerischer, sozialer und ethischer Interessen. Ein Studierender, Jurist, kein Sozialdemokrat; aber ein Mensch ohne jeden Dünkel, der es in seiner Feindschaft gegen alles Eitelkeiten und Dünken in romantischer Dürftigkeit nicht weiter als bis zum Gezeiten brachte, ein Mensch von solcher Teilnahme für jede soziale Bewegung und von solchem Gemeinheitsgefühl, daß er noch in seinen Briefen den Weg zu jedem Arbeitervorgang finden wird. Man wird ihm nicht in allem zustimmen können. Vollständig war er über Naumann nicht hinausgekommen. Aber trotzdem überlegen seine Briefe bei aller Familiarität — sie waren nie für eine Veröffentlichung bestimmt — weit den Durchschnitt der Kriegspublikationen. Es ist an dieser Stelle nur möglich, einzelne Bruchstücke zu geben. Sie werden trotzdem mehr zeigen als viele Bände der üblichen Kriegspublikationen.

Im Zivilleben hat man sich die Weisheit an den Anstößen abgelaufen, daß es nicht allein auf die Länge der Arbeitszeit ankommt, sondern vielmehr darauf, daß innerhalb der angegebenen Zeit wirklich intensiv gearbeitet wird. Namentlich ist nun vom Bataillon oder Regiment ist sehr bürokratischer Weise angeordnet,

daß jeden Tag genau angegeben wird, was gearbeitet ist. Da müßten dann wohl manche Leute recht lächelnd erwidern, indem sie für ihre Mannschaft sozusagen den ganzen Tag Arbeitsdienst anstellen. Nachdem man von abends 1/2 Uhr an mit etwa 2 1/2 stündiger Unterbrechung Posten gehalten, geht man um 6, oder wenn man noch eine Stunde Tagesposten hat, um 7 Uhr „zu Bett“, d. h. man versucht sich im wahren Sinne des Wortes zu vier Mann in einen Unterstand, der für drei Leute allenfalls ausreichend wäre. Da man meistens zum Umfallen müde, schläft man in der Regel trotzdem ganz köstlich. Um 1/2 Uhr wird geweckt. Von 12 bis 12 1/2 Uhr Geschützfeuer. Zum Wachen und Einlaufen hat man also 1/2 Stunde, was in Betracht der Umstände sehr wenig. Auch man sich doch das Wasser immer erst in der Nähe, aus einem Wasserloch schöpfen und sind der Verdacht hier so viel, daß eine Stunde kaum ausreichen würde, so empfinden wir zu verlieren. Anschließend an Geschützfeuer Arbeitsdienst bis abends 7 Uhr. Mit einer ganzen halben Stunde Mittagsruhe von 12 bis 3 Uhr. Um 7 Uhr hat man dann also ein wenig Zeit für sich, doch wird auch die oftmals wieder beschaffen, wenn man 4. B. von 7 bis 8 Tagesposten hat, um 8 Uhr als Eisenpökel, oder Brotholer fort muß usw. Auf diese Weise hat man an manchen Tagen nicht eine halbe Stunde, die man wirklich mal für sich verwenden kann. Und sieht man, was bei dieser Schweißarbeit herauskommt, so ist das Ergebnis mehr als traurig. Weil der Mensch eben nicht den ganzen Tag arbeiten kann, brüht er sich während der angelegten Arbeit so oft er kann, der eine noch immer mehr wie der andere, und beschafft ich dann am Abend das meiste immer nur auf dem Papier, in dem Bericht, der über die tägliche Arbeitsleistung erhalten werden muß. Aber gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens, und als Aussteller bleibt einem schon gar nichts anderes übrig, als seinen Schnabel zu halten und so zu tun, als wenn man arbeitete. So wird der Soldat, den wirsen Soldaten geläufige Grundlag: „Wer Arbeit kennt und sich nicht brüht, der ist verrückt“, tatsächlich bei jedem Mann zur Anerkennung gebracht. Nur schade, daß die Sache selbst manchmal sehr darunter leidet. Das Hauptverbrechen des Heeres liegt auf hier darin, daß eben ein Major und sein Gefolge in der Regel nicht imstande ist, sich in die Lage eines Mannes zu versetzen. ... Krieg, daß ... in der Front in einem Keller kauft, das was richtig ist, jedenfalls geht es ein Keller aber weinlich anders aus als der Keller eines Kustellers. Ist doch schon ein Offiziersunterstand im Schützengraben ein ganz belangloses und wohlwollendes kleines Ding, das in seiner Anlage mit einer Schiffskabine erster Klasse auf einem Heberdampfer große Ähnlichkeit hat. An den Wänden hängen Zeugnissen, daher eine kleine Veranda mit Blumen usw. Bedenkt man dazu, daß so ein

Major sich in der Wagenangelegenheit gar nichts, aber auch absolut gar nichts zu versagen braucht und weder mit vollem Affen noch mit Vorküden sich zu schleppen braucht, sich den Kaffee auch nicht selbst zu kochen braucht, sondern von einem aufmerksamen Kurieren serviert bekommt, so ist es ja schließlich zu begreifen, daß ihm für die Sorgen eines Ausstellers monatlich das tiefer Gehalt abgeht. In mancher Hinsicht Klassen überhaupt die sozialen Gegensätze nirgends mehr als im Felde beim Militär.

Ich kann gar nicht sagen, wie es mich anfecht, wenn ich in manche illustrierten Zeitungen, Sonntagblätter oder Familienblätter hineinsehe und da die „Bilder von unseren Feldherren“ sehen muß: An der Feldherren — es schmeckt wie bei Mutter, eine Französin erteilt zwei deutschen Soldaten Unterricht im Französischen“ usw. Da wird der dunkle Hintergrund, von dem sich alles abhebt und das Dunkel, was oft noch daneben steht, ein wenig unterhalten und der ganze Krieg als ein halb juriges, halb sentimental romantisches Abenteuer hingestellt. Man sollte diese Leute wegen Verfehlung der öffentlichen Meinung und allgemeiner Volksbetörung strafrechtlich verfolgen.

Ich bin nun bereits acht Tage hier im Revier. Da hat selbst der Schmutz und die unangenehme Umordnung dieser „Leichttruppenbude“ ein gewisses vertikales Angefühl bekommen. Selbst an den unangenehmen Geruch, der hier fortwährend herrscht, und durch Speisereste, Schweiß, Rostentrost, Arthritiden und tausend andere Dinge hervorgerufen wird, hat sich mein Gesundheitsorgan bis zu einem gewissen Grade gewöhnt. Der Eintritt aber die Schwelle erfordert zwar immer noch eine gewisse Selbstüberwindung, aber man aber einmal drin, dann heißt's: Run los, gut sein. Der wissende oder hilflose Stabsarzt hat uns heute den zweiten Rat, gehörig zu lästern — als wenn diese Wetterbude nicht schon so der Luftdruck genug hätte, und die Tür bei den vielen Bewohnern nicht schon genug offen stünde. Tatsächlich ist denn auch jedes Bemühen um frische Luft für die Katz. Man kann eine Dünnergrube nicht lästern. Auf der anderen Seite lästert eben dieser Geruch eine gewisse, unfröhliche Wirkung zu haben. Er bildet eine Art von Dampfbad gegen Vorgesetzte. Trat schon der Stabsarzt nicht herein, sondern blieb an der Schwelle stehen, so noch viel weniger der Herr Regimentskommandeur, der uns gestern einen Besuch abbrachte. In einer gewissen übertriebener Entfernung vor der Tür haltend, fragte er zunächst nach, der ihm am nächsten stand: „Was fehlt Ihnen?“ Ich habe eine Verletzung am Fuß durch ein Infanteriegeschütz“ — Dann im vorverweilenden Ton: „Wie ist das nur möglich, am Fuß?“ Ich befragte den Vor-

gen politisch, militärisch und wirtschaftlich fest in unserer Hand bleiben müsse?

Ist es dem „Berliner Tageblatt“ ferner bekannt, daß sich in der Führung der Deutschen Demokratischen Partei Reichstagsabgeordnete befinden, die sogar vor dem 1. Februar 1917 in einem Antrag an den Reichstag für die sofortige Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges eingetreten sind? Was gedenkt das „Berliner Tageblatt“ zu tun, um gegen diese liberalen Annexionsisten verheißener Schalltöne, in der Deutschen Demokratischen Partei vorgehen? Um Antwort wird gebeten.

Es mag den Herren, die jetzt so entschieden in Demokratie, Antiannektionismus und Völkerverständigung machen, sehr peinlich sein, in dieser Weise an ihre Vergangenheit erinnert zu werden. Aber es ist gut, daß es geschieht, damit man weiß, was man von ihrer Handlungsfähigkeit zu halten hat. Sie werden erst allerlei zu leisten haben, ehe man ihnen weit glauben können, daß sie die heute zur Schau getragene Gesinnung wirklich ihr eigen nennen.

Entlarvung von Lodsfigeln.

Während des Krieges waren in Düsseldorf Verhaftungen von tätigen Genossen an der Tagesordnung, und keiner fand eine Erklärung dafür, auf welchem Wege sich die politische Polizei Kenntnis von internen Dingen verschafft hatte. Die Nachforschungen in den Geheimnissen der politischen Polizei haben, wie die „Vergische Arbeiterstimme“ meldet, diese Frage zum Teil geklärt. Personen, an welche keiner gedacht hatte und die in Versammlungen oft die schärfsten Reden führten, wurden als Lodsfigeln entlarvt und auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats verhaftet. Der Parteimitr Hans Kötter, Hasenstraße, ist anscheinend der schlimmste dieser Schufte. Weiter müssen genannt werden: Georg Müller, Grunelstraße 23, Schreiber in einer Schmiede der „Rheinischen“, Mitglied der U. S. V. D. und scharfer Disfusionsredner; Hilpert, Wobbeherstraße; Walzer, Gerresheim, und Burgdorf, Annastraße. Die Untersuchung muß ergeben, was mit den Kreaturen zu geschehen hat. Auffallend ist das Verschwinden von Personalakten, welche von der politischen Polizei geführt wurden. Diese Akten will der in Hausarrest genommene Polizeinspektor Gauer verbrannt haben. Auch ohne diese Akten werden weitere Spiegel entlarvt werden.

Ein bayrisch-tschechisches Handelsabkommen.

Prag, 26. November. Zwischen der tschechischen Republik und dem Bevollmächtigten des Volksstaats Bayern, Professor Weich, ist eine Handelskonvention abgeschlossen worden, das den Warenaustausch zwischen den beiden Nachbarrepubliken regelt.

Abzug der Deutschen aus Ostafrika.

Nachdem die ursprüngliche, von der Entente bei den Waffenstillstandsverhandlungen eroberte Forderung einer „bedingungslosen Uebergabe aller deutschen in Deutsch-Ostafrika kämpfenden Truppen innerhalb einer Frist von einem Monat“ bereits in die Formel „Abzug aller deutschen ufm. Truppen innerhalb eines Monats“ gemildert worden war, ist jetzt eine weitere Milderung dieser Abmachung dahingehend erzielt worden, daß die Frist von einem Monat nicht eingehalten zu werden braucht; sie soll noch näher von den Militären festgesetzt werden.

Die Italiener in Tirol.

Zandbrud, 26. November. Wie der Bozener „Tizoler“ meldet, geben die Italiener in Südtirol durch Raunerandlag bekannt, daß die Besetzung des Landes bis zum Reichenscheid, zum Brenner und Toblach als endgültig anzusehen sei.

Der südslawische Staat.

Zabach, 25. November. In der Sitzung des südslawischen Nationalrats in Agram wurde nach langer Debatte ein Beschluß mit allen Stimmen gegen eine angenommen, welcher besagt, der Nationalausschuß der Serben und Kroaten proklamiert in Uebereinstimmung mit der serbischen Regierung die Vereinigung aller früher zu Oesterreich-Ungarn gehörigen südslawischen Gebiete mit dem Königreich Serbien und Montenegro zu einem Staat. Die Regentschaft wird dem serbischen Thronfolger übertragen, der nach Serajewo den Staatsrat, bestehend aus allen Mitgliedern des Nationalrates in Agram, aus 50 Vertretern Serbiens und aus je fünf Vertretern Montenegros und der Wojwodschaf einberuft und aus Mitgliedern des Staatsrats die Regierung ernannt.

Ruhe in den baltischen Provinzen.

Der deutsche Generalbevollmächtigte in den baltischen Landen telegraphiert:

In Deutschland soll lebhafteste Beunruhigung über die Zustände im Baltikum herrschen. Das ist unrichtig. In Kurland und Livland ist alles ruhig. Die Soldatenräte unterstützen die Kommandostellen in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Ein Delegiertentag der Soldatenräte wird das Zusammenarbeiten von Führung und Mannschaft weiterhin regeln. Anders liegen die Verhältnisse in Estland. Dort ist die Republik ausgerufen. Unsere Landesverwaltung hat Revolver verlassen. Tumulte und Plünderungen sollen vorgekommen sein. Der Revolver Soldatenrat verhielt sich jedoch, daß alles ruhig sei. Ich habe einen Vertreter nach Reval entsandt, der die Lage prüfen und unser dort lagerndes Heeresgut sichern soll. Zur Zeit ist kein Anlaß zur Besorgnis gegeben.

Die holländischen Arbeitervertreter melden ihre Forderungen an.

einer Kommission des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des holländischen Gewerkschaftsbundes, den Herren Oudgeest, Mathijssen, Blegen und Timmen, eine Besprechung. Dem Minister wurde eine Abschrift der von dem Hatterdamer Kongress am 16. und 17. November angenommenen Entschlüsse übergeben. Blegen erläuterte die Forderungen und wies dabei in erster Linie auf die Notwendigkeit weitergehender Fürsorge für die Demobilisierten hin. Die politischen Forderungen werden in der Volksvertretung näher besprochen werden. Ferner wurde auf die Sozialisierung der Betriebe gedrungen. Die Staatspensionen wurden mit den bereits bekannten Gründen verteidigt. Einziehung der Streikgesetze wurde gefordert. Blegen lenkte besonders die Aufmerksamkeit auf den von Berner Programm geforderten

Achtundentag, den ein großer Teil des Volkes wünsche. Der Minister antwortete, daß er diesem Punkt die notwendige Aufmerksamkeit schenken werde, daß einige Forderungen auch im Programm anderer politischer Parteien vorkämen und daß er sich freuen würde, wenn einige der geduldeten Wünsche bald verwirklicht werden könnten.

Gewerkschaftliches.

Zur Demobilisation.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerkschaftlichen Arbeitnachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Kreis-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Anmeldepflicht zu erfüllen.

Die peinlichste Befolgung dieser Vorschrift ist unbedingt notwendig, weil nur durch die lückenlose Anmeldung des gesamten Arbeiterbedarfs eine Steuerung des Arbeiterangebots auf der einen, ein Fehlen von Arbeitskräften an Stellen, wo sie dringend gebraucht werden, auf der anderen Seite verhütet werden kann. Auch für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist die Anmeldung aller offenen Stellen unentbehrlich.

Zur Verschmelzung der Technikerverbände.

Der Vorstand des Bundes technisch-industrieller Beamten erläßt folgende Kundgebung: Der Ernst der Stunde macht es der deutschen Technikerschaft zur Pflicht, ihre organisatorischen Kräfte zu einer geschlosseneren gewerkschaftlichen Bewegung zu vereinen. Die Mitgliedschaften des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-Bundes drängen deshalb mit erhöhtem Nachdruck auf die baldige Verschmelzung dieser beiden Organisationen. Es wird mit Recht betont, daß durch die revolutionären Vorgänge vom November 1918 der wesentliche Streitpunkt beider Verbände als behoben angesehen werden kann, da der bisher vom Deutschen Techniker-Verband für die öffentlichen Betriebe ausgeübte Verzicht auf das Streikrecht in der Republik Deutschland hinwiegend geworden ist.

Wir können und dieser Auffassung anschließen und sehen daher jetzt den Weg geebnet, um die beiden Verbände auf streng gewerkschaftlicher Grundlage — d. h. der Inanspruchnahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel — zu vereinen. Der Vorstand des D. T. I. B. hat dem Vorstand des Deutschen Techniker-Bundes den Vorschlag unterbreitet, unterbaldig in Verhandlungen über eine baldige Verschmelzung beider Organisationen einzutreten. Der Vorstand.

Zwischen dem Bund der technisch-industriellen Beamten und dem Deutschen Werkmeister-Verband ist ebenfalls insofern eine nähere Fühlungnahme erfolgt, als der Werkmeisterverband mit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten verbände zwecks Aufnahme in das Kartell bereits in Verhandlungen eingetreten ist.

Groß-Berlin.

Orden und Titel.

Das Ordens- und Titelwesen war ein Mittel der alten Ordnung, um sich eine tüchtige Leibgarde zu schaffen. Allerdings nicht allein. Unser ganzer Beamtenapparat, vornehmlich der Regierungapparat, war darauf zugeschnitten, nur ganz „stufenreine“ Leute in die höheren Stellungen zu bringen. Und sie alle sangen das Lied, dessen Brot sie aßen.

Titel und Orden waren etwas Besonderes. Man spekulierte dabei auf den Ehrgeiz. In diesem Anekdote bestand von Anno Lobak her ein richtiges Ordenssystem. Wir sind in die Geheimnisse der Ordenswissenschaft nicht eingeweiht, wir wissen nur, daß Rang und Stellung Voraussetzung waren für den Erhalt bestimmter Orden. Und „Verdienste“ nicht minder. Daß auch der Ordensschwindler einen guten Boden fand, war nur möglich, weil viele Leute nicht eher ruhten, ehe sie nicht eine Auszeichnung ergattert hatten.

Es gab im Jahr sogar bestimmte Tage, an denen der Ordenssieg ausgegossen wurde. Und an bestimmten Tagen wurden die Inhaber bestimmter Orden sogar ins Schloß geladen, um bei Kaisers zu Gast zu sein. Das waren herrliche Zeiten für die Ordensritter. Und die sollen nun ein für allemal dahin sein? Es ist furchtbar, an diesen Gedanken sich gewöhnen zu müssen für diejenigen, die es angeht.

Aber ist die Zeit wirklich schon gänzlich dahin?

Man muß die Frage bejahen, und doch wird man an die alte gute Zeit erinnert, wenn man liest, daß erst dieser Tage noch Orden ausgeteilt worden sind. Wie wir dem Amtsblatt für Erkner, dem „Allgemeinen Anzeiger“, entnehmen, wurde am letzten Donnerstag einem dortigen Rechnungsrat aus Anlaß seines fünfzigjährigen Dienstjubiläum im Auftrage der Regierung der Rote-Adler-Orden 4. Klasse überreicht. Jedenfalls ist diese Ordensverleihung, wie das natürlich ist, vor Wochen erfolgt, und zwar von der alten Regierung. Man wird für Leute, die viele Jahre pflichtgetreu ihre Tätigkeit ausgeübt haben, auch bei uns ein anerkennendes Wort finden; Orden braucht es dazu wirklich nicht, obwohl wir uns daran genügen lassen würden, das Bewußtsein zu haben, pflichtgemäß gehandelt zu haben.

Große Betrübniß wird allerdings unter dem ordensgeschmückten Schmeidler- und Schmarotcherherrn herrschen, wenn nunmehr die bunten Bänder und glänzenden Abzeichen ihren Wert und ihre Bedeutung verloren haben.

Protestversammlungen gegen die polnischen Pogrome.

Die Berliner Zionistische Vereinigung und die jüdische Arbeitergruppe Poale Zion hatten am 25. November öffentliche Protestversammlungen gegen die polnischen Pogrome in Westgalizien und Polen in dem großen Saal der Philharmonie und in der Sophienstraße einberufen. Die Versammlungen waren so überfüllt, daß eine dritte Versammlung eingerichtet werden mußte. Es sprachen in den Versammlungen Rechtsanwalt A. E. C. Ostermann, Julius Kaliski, Rahum Goldmann, Leo Hermann, Dr. Theilhaber, Karl Glaser, E. K. D. S. Die Redner stellten die furchtbaren Pogrome dar, die gegenwärtig in Westgalizien und Polen gegen die jüdische Bevölkerung wüten. Die Pogrome haben die gesamte jüdische Bevölkerung in den genannten Gebieten betroffen, die große Teil aus geplündert und beraubt, mißhandelt und vergewaltigt wurde. Aus zahllosen Orten liegen detailliertere

Verichte vor, daß die Ausschreitungen zu Nord und Ostlag führt haben.

Den gleichen Standpunkt vertraten die sozialdemokratischen Redner, Oscar Cohn und Schriftsteller Julius Kaliski. Beide Redner geißelten die unerhörten Ausschreitungen, durch die das polnische Volk die Sturbe seiner eigenen Vesteilung befiel. Oscar Cohn, der ebenso wie Kaliski in zwei Versammlungen sprach, verlas einen vom Stockholmer Verbandsbureau der Arbeiterpartei Poale Zion eingelangten Appell an die deutsche Sozialdemokratie, sich dem gemeinsamen Protest gegen die polnischen Pogrome anzuschließen, mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie Deutschlands dieser Aufforderung nachkomme. Er erwähnte, daß er vor wenigen Tagen auf Veranlassung der Schweizer Sozialdemokratie ein Protesttelegramm an den Reichspräsidenten Dajczynski in Warschau und an den Abgeordneten Korfantk in Posen geschickt habe. Letzteres Telegramm ist dem Obersten polnischen Volktrat in Posen mit der Behauptung beantwortet worden, daß in Polen keine Pogrome stattfinden und überall Ruhe herrsche. Er bezeichnete diese Behauptung als die Verteidigungsmethode frecher Lügner, indem er auf das überwältigende Beweismaterial hinwies.

Zum Schluß wurden in allen drei Versammlungen Protestresolutionen gegen die polnischen Pogrome mit einem Appell an die gesamte Kulturwelt und die Demokratie und das sozialistische Proletariat Polens, der Schmach ein Ende zu bereiten, und die bürgerliche und nationale Gleichberechtigung der Juden anzuerkennen, einstimmig angenommen.

Eine neue Linkspartei.

Die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ hatten zum Dienstag eine öffentliche Versammlung nach den Pharisäen in der Müllerstraße einberufen, in der Julian Borchardt über die Aufgaben des Bundes sprach. Zur russischen Revolution übergehend, legte Borchardt dar, daß die russischen Kommunisten, wie sich die sogenannten Bolschewisten selbst nennen, durch die kapitalistischen Gegenrevolutionäre, die sogar fremde Soldaten ins Land geholt hätten, zur Anwendung der Gewalt gezwungen worden seien. Von einer Unterdrückung breiter Volksmassen durch die Kommunisten in Rußland könne man nicht reden. Jeder, der arbeitet, habe in Rußland das Wahlrecht.

Auch die deutsche Regierung könne sich des Kommunismus nicht entsagen. Allein die Ernährungsfrage könne nur durch Steigerung der Produktivität gelöst werden, die aber wiederum wie die Erziehung der Arbeiterzeit lehrte, nur durch Anwendung des Kommunismus möglich sei. Der Bund kämpfe gegen jede kapitalistische Ausbeutung. Borchardt betonte ausdrücklich, daß Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei nicht aufgenommen werden, da man zu ihren Führern nicht das Vertrauen habe, daß sie die Sozialisierung der Produktion ernsthaft wollen.

In der Diskussion wurde unter starkem Beifall die Bildung einer Roten Garde, die Bewaffnung der Arbeiter und die Diktatur des Proletariats gefordert. Redner, die die Gründung des Bundes als eine Schwächung der revolutionären Arbeiterkraft bedauerten und auf die Schwierigkeiten der neuen Regierung hinwiesen, wurden von der Mehrheit der Versammlung kläglich unterbrochen.

Für die sozialistische Republik.

Der Bund Neues Vaterland, dessen auflösender Teil zu Anfang des Krieges das Oberkommando in den Marken ein Ziel fehlte, hat sich in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig auf den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus gestellt. Er scheidet sich zwar seiner bestimmten Parteirichtung an, verpflichtet aber seine Mitglieder zur Mitarbeit am Aufbau einer deutschen sozialistischen Republik. Nach einer kurzen Begründung wurden die Abänderungsvorschläge zu den Satzungspunkten angenommen. Den Hauptteil der Versammlung nahm die Debatte über die künftige Arbeit in Anspruch. Das Wichtigste ist jetzt die Aufklärung über Sozialismus in populärer Form, besonders auf dem Lande und eine Propaganda mit vielfachen Flugchriften und der Vereinfachung der Presse. Ganz besonderes Augenmerk muß auf die schon jetzt zulage tretenden reaktionären Gegenströmungen gerichtet werden, und zwar muß deren Bekämpfung so rasch als möglich einsetzen.

Dem Magistrat Berlin-Wilmersdorf sind von Seiten der Reichsbekleidungsstelle noch einige Posten Bekleidungsgegenstände, insbesondere Hosen, Wädhenskleider, Anzügen und Mädchenhemden, Unterröcke, Säuglingswädhel und Unterlagen, sowie noch ein Posten Frauenwintermädel für die Berlin-Wilmersdorfer Bevölkerung überlassen worden. Anträge hierfür sind möglichst umgehend bei der Stadtbekleidungsstelle, Gieselerstraße 7, III, persönlich zu stellen. — Der Schuhsohlenverkauf in Berlin-Wilmersdorf durch den Magistrat findet noch wie vor im Bureau der Stadtbekleidungsstelle, Gieselerstraße 7, III (9-12 Uhr) statt.

In Berlin-Wilmersdorf gelangt demnächst 1/2 Pfund Puddingpulver nach vorangegangener Anmeldung zum Preise von 60 Pf. zur Ausgabe.

Die kommunale Verwaltung Berlin-Wilmersdorf durch den K. und S. Rat vorbildlich! Das Ministerium des Innern schickte einen Gnossen aus Ralibor, um sich über die Einrichtungen und Organisationen des Arbeiter- und Soldatenrates zu unterrichten, da die hiesige Institution beim Ministerium des Innern als vorbildlich gilt.

Arbeiter-Bildungsschule Schillerstr. 5/6, Hof z. II. Am Sonntag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, und den darauffolgenden Sonntagen Fortsetzung des musikalischen Vortragszyklus des Gen. Leo Kestenberg. Dieser Zyklus wird eine Einführung in das Verständnis von Musikwerken (Lied und Instrumentalmusik) bringen und durch Vorträge am Klavier und Gesang erläutert werden. Das Eintrittsgeld beträgt 30 Pf.

An die Offiziere, Offiziersfrauen und Offizierswitwen erläßt Erich von Salzman einen Aufruf, in dem er den Offiziersstand auffordert, eine Interessenvertretung für seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu schaffen. Eine Besprechung über diese Dinge findet am 29. d. M., nachmittags um 5 Uhr, im Bankettsaal des „Rheingold“ statt.

Aus aller Welt.

Geldraub zweier Flieger. Aus den Filialen der österreichisch-ungarischen Bank in Budapest wurden anlässlich des Rückzuges der Truppen der größte Teil der Geldbestände nach Ujpest gebracht, wo 20 Millionen Kronen auf den Weitertransport warteten. Bei der Uebergabe wurde das Geld von zwei Flugzeugführern gehoben. Diese beiden Flieger haben das Geld auf dem Luftwege entführt, ohne daß man bisher irgend eine Spur der beiden entdeckt hätte.

Felsen des Kohlenmangels in Drexhen. Von Dienstag ab verkehren infolge des Kohlenmangels in den städtischen Elektrizitätswerken die Straßenbahnen bis auf weiteres an allen Werktagen nur noch von frühmorgens 6 bis 8 Uhr nachmittags. Am 8. Uhr wird der Straßenbahnverkehr vollständig eingestellt. An Sonntagen wird der Verkehr wie bisher aufrecht erhalten. Die Verordnung bezieht sich nicht auf die staatlichen Vorortbahnen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Restlephs, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.